Zentrum für Antisemitismusforschung

Nr. 36 NEWSLETTER Juli 2008

Sommeruniversität gegen Antisemitismus 2008
- Vorurteile gegenüber Minderheiten im Alltag –

Die dritte Sommeruniversität gegen Antisemitismus richtet sich an Multiplikatoren aus Medien, Schule, Erwachsenen- und Berufsschulbildung sowie aus Politik und Gewerkschaften – sie wendet sich aber auch ganz allgemein an eine interessierte demokratische Öffentlichkeit. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf dem so genannten Alltagsantisemitismus sowie Vorurteilen gegenüber anderen Minderheiten, wie z. B. Muslimen oder Sinti und Roma im Alltag, die aus der Mitte der Gesellschaft artikuliert werden. Ziel der Sommeruniversität ist die Vermittlung der notwendigen Kompetenz zur argumentativen Behandlung des Themas.

Neben Vorträgen zu den Themen „Was ist Antisemitismus“, „Sind Vorurteile messbar“, „Antisemitismus und Rassismus im Fußball“, „Aktueller Antisemitismus im Spiegel von Umfragen“, „Feindbild Islam“, „Antisemitismusdebatten in der Migrationsgesellschaft“, „Phantasien über ‚den Zigeuner’“ werden Workshops zu den einzelnen Themenbereichen, eine Diskussionsveranstaltung mit der Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, eine Filmvorführung, eine Stadtrundfahrt zu unbekannten Orten der Erinnerungslandschaft Berlin sowie eine Podiumsdiskussion zu den Handlungsmöglichkeiten der Politik gegen Antisemitismus angeboten.

Die Veranstaltungen finden in der Technischen Universität Berlin statt. Nähere Angaben erhalten Sie mit der Anmeldung.

Anmeldeschluss: **25. August 2008**

Kontakt: Yasemin Shooman, TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung
shooman@zfa.kgw.tu-berlin.de, Tel:030/ 314-25467, Fax:030/ 314-21136

Festung Europa. 70 Jahre nach Evian
Menschenrechte und Schutz von Flüchtlingen

Am 30. 6. und 1.7. 2008 veranstaltete das Zentrum für Antisemitismusforschung zusammen mit Pro Asyl e.V. und dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages eine Konferenz, die den 70. Jahrestag der Evian-Konferenz zum Anlass nahm, um die derzeitige EU-Asylpolitik zu thematisieren. Weitere Kooperationspartner und Sponsoren der Veranstaltung waren die Axel-Springer-Stiftung, die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz, das Forum Menschenrechte, Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V., die National Coalition für die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland, die Stiftung Collegium Novum, die UNO-Flüchtlingshilfe und das GRIPS-Theater.

Anfang Juli 1938 hatten sich in Evian-les-Bains am Genfer See auf Initiative der US-Regierung Vertreter von 32 Staaten und Abgesandte von Hilfsorganisationen getroffen, um über die Aufnahme der nach dem „Anschluss“ Österreichs und infolge der NS-Verfolgungs- und Vertreibungs-

politik immer zahlreicher werdenden Flüchtlinge aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten zu beraten. Das Ergebnis der Konferenz von Evian war enttäuschend, da die Staaten ihre Aufnahmepolitik weiter verschärften und sich auf keinerlei humanitäre Lösungen für die Flüchtlingskrise einigen konnten.
Ausgehend von den nach Kriegsende getroffenen und auch heute verbindlichen internationalen Konventionen zum Menschenrechts- und Flüchtlingsschutz ging es bei der Tagung immer wieder um die Frage, in welchem Maße die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union heute diesen Konventionen gerecht wird. Besonderes Augenmerk galt hierbei den menschen- und völkerrechtlich fragwürdigen Abschottungsmaßnahmen an den EU-Außengrenzen im Süden und im Osten.

Der erste Veranstaltungstag fand in den Räumen des Deutschen Bundestages statt. Gottfried Köfner, UNHCR-Regionalvertreter für Deutschland, Österreich und die Tschechische Republik, eröffnete den Tag mit einem Grußwort, danach thematisierten Wolfgang Benz und Fritz Kieffer in ihren Vorträgen die Ereignisse des Jahres 1938 und ihre Auswirkungen auf die Schicksale unzähliger NS-Verfolgter, denen die Flucht aus dem Machtbereich Hitlers nicht mehr gelang. Heiko Kauffmann (Pro Asyl) leitete in seinen Ausführungen zu den gegenwärtigen Problemen der europäischen Asylpolitik über. Nach einem Grußwort von Herta Däubler-Gmelin, der Vorsitzenden des Bundestags-Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe berichteten Elias Bierdel (borderline-Europe. Menschenrechte ohne Grenzen e.V.) und Günter Burkhardt (Pro Asyl) von den derzeitigen Zuständen im Mittelmeerraum und kamen zu dem Schluss, dass die zum Teil in paramilitärischem Stil durchgeführten Abwehrmaßnahmen nicht nur inhuman sind, sondern überdies die Flüchtlinge nicht aufhalten können, längere und gefährlichere Fluchtwege mit einer größeren Zahl von Toten zur Folge haben.

Am Nachmittag fanden sich vier ehemalige Flüchtlinge mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten zu einer beeindruckenden Gesprächsrunde zusammen: Irene Katzenstein-Schmied und Gideon Behrendt, die beide als Kinder mit Kindertransporten nach England fliehen mussten und anlässlich der Konferenz aus New York beziehungsweise Netanya (Israel) in ihre ehemalige Heimatstadt Berlin gekommen waren, und Paolo Afonso Bunga und Fidel Panzo, die als Jugendliche allein aus Angola nach Berlin geflohen waren. Trotz der unterschiedlichen politischen, kulturellen und sozialen Umstände ihrer Flucht stellten die vier Podiumsteilnehmer fest, dass es für Kinder, die alleine den Weg ins Exil auf sich nehmen müssen, auf einer psychosozialen Ebene doch Gemeinsamkeiten gibt, die die Lebenswege in vergleichbarere Weise prägen: der Verlust der Familie, die frühe Selbständigkeit, die Ungewissheit über den Verbleib der Angehörigen, die Abhängigkeit von der Hilfsbereitschaft Fremder, das Gefühl, nicht willkommen zu sein, die Erfahrung, dass Hilfe und Fürsorge weniger durch staatliche Institutionen als vielmehr durch engagierte Einzelpersonen und nichtstaatliche Hilfseinrichtungen zu erwarten sind.

Der zweite Tag fand in der Technischen Universität Berlin statt und begann mit einem Vortrag von Ruth Weinzierl (Deutsches Institut für Menschenrechte), die aus juristischer Perspektive darstellte, welche völker- und menschenrechtlichen Instrumente es für eine Humanisierung der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik gibt. Lothar Krappmann, Mitglied des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes, schilderte, welche Probleme sich für Kinderflüchtlinge durch die Vorbehaltserklärung der deutschen Regierung bei der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention ergeben und ging kurz auf die Bemühungen des UN-Ausschusses und anderer Einrichtungen ein, eine Rücknahme des Vorbehaltes zu erreichen.

Am Nachmittag konnten die Teilnehmer aus insgesamt acht Workshops wählen, in denen in kleinerer Runde mit Fachleuten Einzelthemen diskutiert werden konnten. Auf besonderes Interesse stießen die Workshops „Festung Europa: Tradition, Gegenwart und Konsequenzen einer übernationalen Asylpolitik“ (Susanne Heim und Karl Kopp) und der durch Ute Koch und Stefan Kessler geleitete Workshop „Illegalisierte: Menschen ohne Papiere“. Für den durch IPPNW – Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. organisierten Workshop „Flucht und Trauma. Psychosoziale und medizinische Probleme von Flüchtlingen damals und heute“ konnte die bekannte Menschenrechtsaktivistin Helen Bamber aus London gewonnen werden, die bereits nach Kriegsende in Bergen-Belsen

mit Überlebenden arbeitete und sich auch heute mit der Helen Bamber Foundation für Opfer von Folter, Krieg und Gewalt engagiert. Weitere Seminare waren den Themen Flüchtlinge und Fluchtursachen in Zeiten der Globalisierung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, EU-Außengrenzen Ost und Süd, und Kriminalisierung von Fluchthilfe gewidmet.

In Kooperation mit dem GRIPS-Theater und dem Radio Berlin-Brandenburg/inforadio fand am Nachmittag im GRIPS-Theater eine Podiumsdiskussion statt, an der Volker Beck (Bündnis 90/ Die Grünen) und Holger Haibach (CDU), beide Mitglieder des Deutschen Bundestages, Julia Duchrow (amnesty international) und Karl Kopp (Pro Asyl) sowie Rolah Mousbah Saleh und Ibrahim Delen-Kanalan (Jugendliche ohne Grenzen) teilnahmen. In der durch Alfred Eichhorn moderierten und für die Sendung Forum inforadio aufgezeichneten Gesprächsrunde ging es um die Frage, wie die Asyl- und Flüchtlingspolitik der EU besser mit den humanitären Grundwerten demokratischer Gesellschaften in Einklang gebracht werden kann. Den Abschluss der Veranstaltung bildete das Stück des GRIPS-Theaters „Hiergeblieben!“, das im Rahmen der Kampagne „HIER GEBLIEBEN! Für ein ganzes Bleiberecht und die UNO-Kinderrechte“ entstanden ist und den authentischen Fall der Berliner Schülerin Tanja Ristic erzählt, deren Abschiebung durch das Engagement ihrer Mitschüler und Lehrer verhindert werden konnte.

Die etwa 200 Teilnehmer der Konferenz waren sich mit den Referenten einig, dass angesichts der Frage, was die Staatengemeinschaft aus der Erfahrung von Evian gelernt hat, eine eher negative Bilanz zu ziehen ist, und dass in der europäischen Flüchtlingspolitik die großen internationalen Nachkriegskonventionen wieder mit größerem Nachdruck durchgesetzt werden müssen.

Anlässlich der Tagung ist im von Loeper Literaturverlag der Band „*Von Evian nach Brüssel. Menschenrechte und Fluechtlingsschutz 70 Jahre nach der Konferenz von Evian*“ (hrsg. von Wolfgang Benz, Claudia Curio und Heiko Kauffmann) erschienen.

Claudia Curio

Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?“

Nach ihrer Eröffnung im August 2007 im Auswärtigen Amt war die Ausstellung „Antisemitismus? Antizionismus? Israelkritik?, die das Zentrum für Antisemitismusforschung gemeinsam mit der Gedenkstätte Yad Vashem (Jerusalem) erarbeitet hat, inzwischen in der TU Berlin, im Magdeburger Landtag und in der Nikolai-Kirche in Hamburg zu sehen. Am 30. Juni 2008 hat Prof. Werner Bergmann die Ausstellung in der TU Dresden eröffnet. In Magdeburg und Hamburg wurde mit Vorträgen und Lehrerseminaren ein Rahmenprogramm geboten, das ausführlich auf die Themen der Ausstellung einging. Dies setzt sich nun in Dresden fort und ist auch in den weiteren Ausstellungsorten geplant. Vom 27.8.-28.9.2008 wird die Ausstellung im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig zu sehen sein, anschließend geht sie nach Bernburg in die Marienkirche (13.-21.10.2008), dann nach Mainz (Rathaus 26.11.-22.12.2008), nach Dessau (Stadttheater: 5.- 30.1.2009, nach Herford (Markthalle, 4.2-27.2. 2009) und wird schließlich vom 5.-31.3.2009 in München im Gasteig gezeigt. Die Wanderausstellung wird von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziell unterstützt.

Völkermord in Transnistrien, 1941-1944
Deportation, Rettung und Erinnerung

Vom 6. bis 7. Juni veranstaltete das Zentrum für Antisemitismusforschung zusammen mit dem Literaturhaus Berlin eine Konferenz zum Thema „Völkermord in Transnistrien“. Aufgrund der Beteiligung am Überfall auf die Sowjetunion erhielt Rumänien Ende August 1941 einen Landstrich der südlichen Ukraine zwischen den Flüssen Dnjestr und Bug, der Transnistrien („jenseits des Dnjestr“) genannt wurde. Diese geographische Region zählte im 19. Jahrhundert zum so genannten Ansiedlungsrayon des Russischen Reiches; Ende der 1920er Jahre lebten in der Region etwa

300.000 Juden**.** Die deutsch-rumänische Vereinbarung von Tighina (30. August 1941) stellte Transnistrien unter rumänische Verwaltung. Noch bevor die offizielle „Besatzungsübergabe“ an Rumänien erfolgte, hatte das Einsatzkommando 10b der deutschen Einsatzgruppe D während der Eroberung des Gebietes in vielen Ortschaften Zehntausende Juden ermordet. Ab September 1941 ließ der rumänische Gouverneur Gheorghe Alexianu in etwa 100 Orten provisorische Ghettos und Arbeitslager errichten. In diese Lager deportierten rumänische Behörden über 200.000 Juden aus Bessarabien, der Bukowina und dem Dorohoi-Gebiet sowie rund 24.000 Roma. Die Lage aller Deportierten war gekennzeichnet von Entbehrungen, Seuchen, Misshandlungen, Zwangsarbeit und willkürlichen Exekutionen, die bis 1943 zum Alltag gehörten. Die Deportationsaktionen hatte der Generalstab der rumänischen Armee organisiert, für die Durchführung und Überwachung der Deportationen war die rumänische Gendarmerie zuständig.

Diese Ereignisse standen im Mittelpunkt der Konferenz, auf der rumänische und deutsche Wissenschaftler aktuelle Forschungsergebnisse vorstellten. Die Beiträge behandelten verschiedene Aspekte der Verfolgung in Transnistrien und beleuchteten die aktuelle Diskussion der rumänischen und deutschen Verantwortung: Constantin Iordachi hielt einen einleitenden Vortrag zum Stand der Debatten und Diskurse in Rumänien; Viorel Achim referierte über die Bevölkerungspolitik der rumänischen Regierung und Hildrun Glass wandte sich in ihrem Vortrag der Historiographie und Quellenlage der Ghettos und Lager zu; Brigitte Mihok stellte die Forschungslage bezüglich der Deportation rumänischer Roma dar, während Andrej Angrick die Bedeutung des volksdeutschen Selbstschutzes bei der Ermordung der Juden in Transnistrien analysierte; Victor Neumann referierte über das Schicksal der Juden im Banat und Süd-Siebenbürgen 1940-1944, Anca Ciuciu über die Lage und Rettung jüdischer Waisenkinder aus Transnistrien; Felicia Waldman untersuchte die Einbeziehung der Holocaust-Thematik in die rumänischen Schulbücher, während William Totok über den Antonescu-Kult und die Rehabilitierung der Kriegsverbrecher referierte. Die Ergebnisse der Konferenz werden, ergänzt durch weitere Beiträge, die die aktuelle Forschungslage spiegeln, in einem Sammelband erscheinen.

Unterrichtsmaterial zum Thema Antisemitismus

Stereotype Vorstellungen von Juden, Unwissen über die Traditionen des Antisemitismus, verkürzte und verzerrte Wahrnehmungen des Nahost-Konflikts bis hin zu manifesten judenfeindlichen Einstellungen begegnen uns auch bei jungen Menschen. In Deutschland, in Europa und weltweit. Das OSZE Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte und das Anne Frank Haus in Amsterdam erarbeiteten deshalb gemeinsam mit Experten aus zehn Ländern innovative Unterrichtsmaterialien, die sich mit verschiedenen Aspekten des Antisemitismus beschäftigen. Die deutsche Ausgabe haben das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin und das Fritz Bauer Institut in Frankfurt a. M. gemeinsam entwickelt. Ergänzt wird sie durch ein vom Zentrum für Antisemitismusforschung vorgelegtes Heft mit Handreichungen für Lehrkräfte.

Das Unterrichtsmaterial besteht aus drei Teilen: Baustein 1 thematisiert jüdische Geschichte und Antisemitismus in Europa bis 1945; Baustein 2 beschäftigt sich mit aktuellen Formen des Antisemitismus; Baustein 3 behandelt Antisemitismus als eine von vielen Formen der Intoleranz und Diskriminierung von Minderheiten.

Das Auswärtige Amt und die Bundeszentrale für politische Bildung haben die Hefte am 2. Juni in der Vertretung des Saarlandes in Berlin zusammen mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Materialien stehen bei der Bundeszentrale für politische Bildung in der Reihe „Themen und Materialien“ für Schule und außerschulische Bildungsarbeit kostenlos zur Verfügung. Das Anne Frank Zentrum, Berlin, bietet bundesweit Einführungen für Lehrer und Multiplikatoren an.

NEUERSCHEINUNGEN

Orte des Terrors

Der siebte Band der Reihe *Der Ort des Terrors* ist den Konzentrationslagern Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen und Mittelbau-Dora gewidmet. Von September 1941 bis 1943 existierte bei der nahe Paderborn gelegenen Wewelsburg das kleinste selbstständige KZ-Hauptlager auf deutschem Reichsgebiet. Himmler wollte das Renaissanceschloss zu einer Forschungsstätte zur Untermauerung der SS-Ideologie und einem ideologischen Zentrum der SS ausbauen. Das KZ Lublin-Majdanek sollte als Arbeitskräftereservoir für die geplante Militärbasis und einen Wirtschaftskomplex der SS in der Region dienen. Arbeitsunfähige Häftlinge und Juden wurden in der Gaskammer ermordet. 1942 bestand beim Volkswagenwerk das KZ Arbeitsdorf; die Häftlinge errichteten eine Leichtmetallgießerei. Als Haftort vornehmlich für Niederländer diente von Januar 1943 bis September 1944 das in der südlichen Provinz Brabant bei der Gemeinde Vught existierende KZ Herzogenbusch. Die bei der Befreiung aufgenommenen Bilder der Leichenberge und des Massensterbens machten das KZ Bergen-Belsen, das Ziel zahlreicher Evakuierungstransporte aus anderen KZ war, zum Symbol für das Grauen der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Die Häftlinge des KZ Mittelbau-Dora und seiner Außenlager mussten im Harz Stollen ausbauen, um die Verlagerung der deutschen Raketenproduktion in unterirdische Fabriken zu ermöglichen. Seit Sommer 1944 wurden sie bei der Produktion der V 2-Rakete eingesetzt. Tausende starben infolge von unmenschlichen Arbeitsbedingungen und Hunger.

Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 7: Wewelsburg, Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2007 (C.H. Beck, € 59,90**)**

Der Hass gegen die Juden

Judenfeindschaft in ihren verschiedenen Erscheinungsformen – christlicher Antijudaismus, Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus der Schuldumkehr nach dem Holocaust, Antizionismus – präsentiert sich in so vielen Facetten, dass oft von einem „neuen Antisemitismus“ gesprochen wird. Tatsächlich ist es aber immer der alte Hass, der mit stereotypen Bildern von Juden, mit Klischees und tradierten Einstellungsmustern transportiert wird. Theodor W. Adorno hat den Antisemitismus „das Gerücht über den Juden“ genannt und damit den Kern aller Judenfeindschaft enthüllt: Die Minderheit wird über Feindbilder definiert, um sie negativ instrumentalisieren zu können.

Dieses Buch, das grundsätzliche und exemplarische Texte aus der Antisemitismusforschung vereinigt, wendet sich nicht an Wissenschaftler, sondern an alle, die an den zentralen Erkenntnissen und Ergebnissen der Betrachtung und Analyse eines ebenso uralten wie hochaktuellen Vorurteils interessiert sind.

Wolfgang Benz (Hrsg.), Der Hass gegen die Jude. Dimensionen und Formen des Antisemitismus, Berlin 2008 (Metropol Verlag, Reihe Positionen –Perspektiven –Diagnosen, Band 2, € 19,-)

Der Kampf jüdischer Anwälte gegen den Antisemitismus

War der Kampf jüdischer Anwälte gegen den Antisemitismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik trotz vieler verlorener Prozesse erfolgreich? Im Gegensatz zur bisherigen Forschung bejaht die Autorin diese Frage. Sie zeigt, dass das Ziel der Anwälte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) gerade nicht das Gewinnen möglichst vieler Prozesse gegen Antisemiten war. Vielmehr strebten die CV-Anwälte danach, durch gezielte Prozesse, Aktionen und Kampagnen ihrem Kampf gegen den Antisemitismus Öffentlichkeit zu verschaffen. Damit

gelang dem CV etwas, das vor ihm keiner jüdischen Organisation gelungen war: Selbstverteidigung im Lichte der Öffentlichkeit.

Inbal Steinitz, Der Kampf jüdischer Anwälte gegen den Antisemitismus. Die strafrechtliche Rechtsschutzarbeit des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (1893–1933), Berlin 2008 (Metropol Verlag, Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 68, € 24,-)

Fiskalische Ausplünderung

Die Reichsfinanzverwaltung war seit 1933 eine der wichtigsten Stützen der Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes. Während sie in den Anfangsjahren des Dritten Reiches die Enteignung der Emigranten vollzog, wirkte sie im Zuge der eskalierenden antisemitischen Politik durch Sondersteuern und Vollstreckungsmaßnahmen wesentlich an der wirtschaftlichen Existenzvernichtung der jüdischen Bevölkerung mit. Das Oberfinanzpräsidium Berlin-Brandenburg und die Berliner Finanzämter spielten bei der staatlichen Ausplünderung eine besondere Rolle: Sie nahmen zentrale Aufgaben für das gesamte Reichsgebiet wahr und kooperierten besonders eng mit der Gestapo. Auf der Grundlage bisher weitgehend unbekannten Quellenmaterials erhellt die Studie ein unheilvolles Kapitel deutscher Verwaltungsgeschichte.

Martin Friedenberger, Fiskalische Ausplünderung. Die Berliner Steuer- und Finanzverwaltung und die jüdische Bevölkerung 1933–1945, Berlin 2008 (Metropol Verlag, Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 69, € 24,-)

Die deutsche Kulturpolitik in Griechenland in der Zeit des Nationalsozialismus

Die Studie beleuchtet Entwicklungen, Prioritäten und Besonderheiten des nationalsozialistischen „Kulturexports“ nach Griechenland. Ziel des NS-Regimes war es, seine politische und ökonomische Machtstellung durch kulturpolitische Initiativen zu festigen und auszubauen. Dazu gehörten die Aktivitäten der Deutschen Akademie – Vorläuferin des Goethe Instituts –, des Deutschen Wissenschaftlichen Instituts, des Deutschen Archäologischen Instituts, Deutscher Schulen wie auch griechisch-deutscher Gesellschaften in Athen und in der Provinz.Während die wissenschaftlich-kulturellen Beziehungen der Vorkriegszeit von Zeitgenossen beider Länder als nahezu harmonisch angesehen wurden, zeigte die Gewalt in der Besatzungszeit erst das ganze Bild der nationalsozialistischen Politik in Griechenland.

Fedra Koutsoukou, Die deutsche Kulturpolitik in Griechenland in der Zeit des Nationalsozialismus (1933–1944), Berlin 2008 (Metropol Verlag, Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 66, € 19,-)

IMPRESSUM

Verantwortlich: Prof. Dr. Wolfgang Benz
Redaktion: Dr. Juliane Wetzel
Adresse:
Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7, 9. OG.
D-10587 Berlin
Tel: (030) 314-21397 bzw. (030) 314-23154
Fax: (030) 314-21136
http://www.tu-berlin.de/~zfa (http://zfa.kgw.tu-berlin.de/index.htm)
e-mail: wetz0154@mailbox.TU-Berlin.de
Abdruck gegen Belegexemplar